

## "Demografie ist nicht Demografie"

NRW-Programm soll Firmen für regionale Entwicklungen sensibilisieren

von HERMANN STEVEKER

KÖLN. Bis zum Jahr 2020 wird in NRW die Zahl der Einwohner um rund 3,2 Prozent sinken. Dabei ist, anders als oft vermutet, "Demografie nicht Demografie", wie Marie-Christine Stemann vom Institut für Arbeitswissenschaft (IAW) der RWTH Aachen betont. Soll heißen: Es gibt Regionen im bevölkerungsreichsten Bundesland, die schrumpfen stärker als andere, in wieder anderen steigt gar die Einwohnerzahl. Um mittelständische Firmen auf diese spezifisch-örtlichen Gegebenheiten einzustellen, werden derzeit in den Handwerkskammern des Landes 100 "Demografie-Berater" ausgebildet. In Köln werden es ab Juni zehn sein.

Personalrekrutierung, altersgerechte Arbeitsorganisation, Gesundheitsförderung, Absatzmärkte - es gebe zahlreiche Aspekte, die Firmen mit Blick auf die Demografie der Region beachten könnten, sagt Carsten Baye, Geschäftsführer der Healthpro GmbH. Die Düsseldorfer Beratungsfirma ist federführend beim Programm "rebequa" (regionale Beratung und Qualifizierung in NRW), das vom NRW-Arbeitsministerium und mit EU-Mitteln gefördert wird. Erstmals werde so die Demografie-Beratung auf unterschiedliche Perspektiven in den Regionen abgestimmt, sagt Baye. Derzeit finden noch bis Mitte Juni elf rebequa-Regionaltreffen im Land statt, bei denen sich Unternehmer vorab über das Beratungsangebot informieren können. Köln war gestern dritte Station.

Insgesamt steht die Region in Sachen Demografie "sehr gut" da, wie Stemann betont. Dies sei aber weniger auf steigende Geburtenzahlen, sondern vielmehr auf Zuwanderung zurückzuführen. In der Domstadt, im Rheinisch-Bergischen Kreis, im Oberbergischen Kreis und in Leverkusen sinken die Einwohnerzahlen bis 2020 geringer als im Landes-Schnitt, im Rhein-Erft-Kreis steigen sie voraussichtlich gar um 2,2 Prozent. In der Region Bonn (die Regionalkonferenz findet hier am 7. Juni statt) ist die Lage insgesamt stabil, vor allem im Rhein-Sieg-Kreis wird die Einwohnerzahl steigen. NRW-weit wird das Ruhrgebiet die größten Probleme bekommen.